

links



Klartext zur Politik
im Kanton St.Gallen
www.sp-sg.ch
November 2020 Nr. 4

Editorial

Inhalt

Wir leben mitten in einer «ver-rückten» Zeit. Angesichts der fortschreitenden Corona-Pandemie verlangt der St.Galler Gesundheitsdirektor Bruno Damann, dass wir «besser lernen, mit dem Tod umzugehen». Dabei gibt er philosophische Weisheiten von erschlagendem Tiefgang von sich, wie «Das Leben endet mit dem Tod» oder «Sterben gehört zum Leben».



Von SP-Parteipräsident Max Lemmenmeier, St.Gallen

Bruno Damann hat mit seinen kleinbürgerlich-zynischen Sprüchen das «christlich» in seiner Partei definitiv zugunsten einer wert(e)losen «Mitte» abgelegt. Aber seine Worte sind nicht

nur persönlichem Versagen zuzuschreiben. Sie sind im Gegenteil Ausdruck eines kapitalistischen Systems, welches das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben dem privaten Profit unterordnet und dabei jede Form von Kollateralschäden in Kauf nimmt. Was sind schon ein paar Tote im Kongo angesichts der Profite, welche Rohstofffirmen in der Schweiz erzielen?

Wir können unsere Zukunft nur gestalten, wenn wir die kapitalistische Profitlogik überwinden. Unser Wirtschaftssystem ist so umzubauen, dass Ertrag nicht mehr Selbstzweck ist, sondern ein Mittel zur Teilhabe am Gemeinwohl des Planeten und seiner BewohnerInnen. Dafür braucht es einen starken Staat, der verhindert, dass wir nicht weiter Schadstoffe in die Luft abgeben, der verhindert, dass wir Ressourcen nicht verschleudern.

Für die SP gelten Werte vor Wert. Grundlage jeder SP-Politik ist Solidarität. Solidarität wollen wir mit einer patientennahen Gesundheitsversorgung im Kanton genauso wie mit einer kantonalen Investition in die Klimawende über einen Klimafonds von 100 Mio. Franken. Wir müssen nicht «lernen, mit der Klimakatastrophe zu leben», sondern wir wollen solidarisch eine ökologisch-soziale Welt gestalten.



Bild: zVg

- 2 Kita**
Endlich mehr Geld für die familienexterne Betreuung
- 3 Paul Rechsteiner**
Jetzt braucht es mehr Sozialstaat!
- 5 Pflgende**
Protest auf der Strasse für bessere Arbeitsbedingungen
- 6 Kulturschaffende**
Corona bringt sie an den Anschlag
- 7 Spitalpolitik**
Tür und Tor offen für profitorientierte Konzerne
- 9 Feminismus**
Zehn St.Galler Gemeinden ohne Frauen in der Exekutive
- 10 Wohnraum**
Neue Politik mit Maria Pappa in der Stadt St.Gallen
- 12 Energiekonzept**
Ein Programm voller Illusionen
- 14 Heidi Hanselmann**
Würdiger Abschied für die SP-Gesundheitschefin

Kosten für die Eltern sinken

Der Kanton will künftig familien- und schulergänzende Kinderbetreuungsangebote mit fünf Mio. Franken unterstützen. Dies verdient am 29. November unser Ja.

Fünf Mio. Franken stellt der Kanton ab dem Jahr 2021 zur Verfügung, damit die Elterntarife für die familien- und schulergänzenden Kinderbetreuungsangebote in den Gemeinden reduziert werden können. Das ist unbedingt notwendig. Bereits vor drei Jahren hat ein Bericht im Auftrag der St.Galler Regierung gezeigt, dass es im Kanton St.Gallen im Vergleich zum Schweizer



Von Dario Sulzer, Kantons- und Stadtrat, Wil

Durchschnitt nicht nur wenig Plätze für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung gibt. Familien, die ein Angebot nutzen, müssen auch noch Zweidrittel der Kosten selber tragen. Für die SP war immer klar, dass das zu viel ist.

Beispiel wirksamer SP-Politik

Der Hauptfokus des neuen Gesetzes, über das wir am 29. November abstimmen, liegt darauf, die Kosten der Eltern für die Kinderbetreuung ausserhalb der Familie zu senken. Dieses Gesetz ist der

SP zu verdanken. Sie hat im Rahmen der kantonalen Umsetzung der nationalen Reform der Unternehmenssteuern auf soziale Ausgleichsmassnahmen gedrängt. Andernfalls hätte die SP wohl das Referendum gegen die Steuervorlage 17 ergriffen, wie dies in anderen Kantonen auch geschehen ist. Die Chancen, einen solchen Kampf zu gewinnen, wären reell gewesen. Vor diesem Hintergrund haben sich die grossen St.Galler Parteien miteinander auf einen «Steuerkompromiss» verständigt.

Im Gegenzug zur Senkung der Unternehmenssteuern wurden verschiedene sozialpolitische Verbesserungen mehrheitsfähig. So gibt es endlich etwas mehr Geld in den Topf der individuellen Prämienverbilligung (IPV). Damit werden die Kinderprämien verbilligt und Geringverdienende entlastet. Als zweite Verbesserung wurde die Familienzulage um 30 Franken erhöht. SP, Grüne, Gewerkschaften und CVP hatten eine Erhöhung der Kinderzulagen mittels einer Initiative gefordert. Die dritte Verbesse-

rung betrifft eben den Kantonsbeitrag von 5 Mio. Franken für die familien- und schulergänzenden Kinderbetreuungsangebote.

Ein Schönheitsfehler

Die Vorlage hat allerdings einen Schönheitsfehler. Es geht um die Art und Weise, wie der Kantonsbeitrag auf die Gemeinden verteilt wird. Leider berücksichtigt der Verteilschlüssel die Quantität und die Qualität der Angebote in den Gemeinden nicht. Auch Gemeinden mit einem bescheidenen Angebot erfüllen die Anspruchsvoraussetzungen für einen vollen Beitrag. Sie erhalten mit dem vorgesehenen Verteilschlüssel überproportional hohe Kantonsbeiträge. Die Eltern und die Gemeinden profitieren im Ergebnis in höchst unterschiedlichem Ausmass von den Tarifvergünstigungen. Ein Antrag der SP-Grünen-Fraktion, der diesen Verteilmechanismus verbessern wollte, fand im Kantonsrat keine Mehrheit. Nichtsdestotrotz verdient diese Vorlage unsere volle Unterstützung.

Nicht nur die Kleinen werden jubeln: Mit einem Ja am 29. September erhalten Kitas und Eltern mehr Unterstützung.



Der Wind hat gedreht

Lange Jahre stand der Sozialstaat unter Druck von rechts. Seit der Covid-19-Pandemie hat der Wind gedreht.

Massive Investitionen in die Kurzarbeit haben bisher verhindert, dass es zu einer Massenarbeitslosigkeit gekommen ist. Viele kleine und mittlere Unternehmen haben nur dank zinslosen Krediten des Bundes überlebt. Und finanziell schlecht abgesicherten Selbständigerwerbenden ist über neue Leistungen der Erwerbser-



Von SP-Ständerat Paul Rechsteiner, St. Gallen

satzordnung (EO) geholfen worden. Für besonders hart getroffene Branchen sollen jetzt Härtefall-Leistungen eingeführt werden. Schon heute ist klar: Nur ein starker Sozialstaat konnte in der Corona-Krise wirtschaftliche und soziale Katastrophen verhindern.

Absturz bleibt erspart

Auch sonst ist sozialpolitisch einiges in Bewegung gekommen. Mit der Überbrückungsleistung für ausgesteuerte Arbeitslose ab 60 Jahren hat das Parlament im Sommer eine neue Sozialversicherung beschlossen. Nachdem das Referendum aus den Reihen der SVP trotz bezahlter UnterschriftensammlerInnen kläglich gescheitert ist, wird die neue Versicherung nächstes Jahr in Kraft treten.

Auch wenn die Leistungen bescheiden ausgestaltet sind, heisst das doch: Den Betroffenen bleibt am Ende eines Arbeitslebens der unwürdige Absturz in die Sozialhilfe erspart. Die neue Überbrückungsleistung wird in Zukunft absehbar noch wichtiger als in der Vergangenheit.

Schon vorher war beschlossen worden, dass Arbeitnehmende ab 58 Jahren bei Stellenverlust nicht mehr automatisch aus der Pensionskasse ausscheiden und dadurch den Rentenanspruch verlieren – ein praktisch ebenso wichtiger Fortschritt. Zu den Verbesserungen der letzten Monate zählen auch der neue Betreuungsurlaub für Eltern schwerkranker Kinder und der Urlaubsanspruch für die Betreuung kranker Angehöriger.



Bild: links

In Zeiten der Pandemie erweist sich ein starker Sozialstaat als unverzichtbar.

Noch kann niemand sagen, wie wir die Corona-Krise bewältigen werden. Aber die Erfahrungen dieses Jahres zeigen, dass der Sozialstaat nicht abgebaut werden darf, sondern gestärkt werden muss. Die Linke steht vor neuen Aufgaben. Denn Verbesserungen stellen sich nicht automatisch ein. Zu den Zukunftsaufgaben gehört in der Familienpolitik der Anspruch auf eine Kindertagesstätte als Teil des Service Public. Die Ausgangslage für eine neue Offensive ist nach dem Scheitern des neuen Kindersteuerabzugs, der nur den höheren Einkommen geholfen hätte, besser als viele denken. Der Nachholbedarf der Schweiz auf diesem Gebiet ist gross.

Höchst anspruchsvoll bleibt nach dem knappen Nein zu Altersvorsorge 2020 vor drei Jahren die Altersvorsorge. Das gilt für die AHV genauso wie für die berufliche Vorsorge. Dank den Zusatzmilliarden der Steuer-/AHV-Vorlage hat die AHV immerhin wieder für ein paar Jahre Luft erhalten. Entscheidend wird in Zukunft die Rentenfrage sein. Weil die Renten der Pensionskassen immer schlechter werden, drängt sich ein neuer Anlauf für Verbesserungen bei der AHV

auf. Dies weil das Preis-/Leistungsverhältnis bei der AHV weit besser ist als bei allen anderen Versicherungen. Das Projekt für eine 13. AHV-Rente schafft die Voraussetzungen für einen neuen Erfolg. Bessere AHV-Renten helfen allen mit tiefen und mittleren Einkommen, die von Banken und Versicherungen als Alternative forcierten Finanzprodukte nur wenigen. Sichere Renten sind durch die Covid-Krise noch wichtiger geworden.

Solidarität gefragt

Zu den Bereichen, in denen sich endlich etwas bewegen muss, gehört die Finanzierung der Gesundheitskosten. Es wird Zeit, dass die Höhe der Krankenkassenprämien wieder auf ein tragbares Mass beschränkt wird, so wie es die Volksinitiative von SP und Gewerkschaften fordert. Das stärkt auch die Kaufkraft, ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Erholung.

Die Zeiten sind anspruchsvoll, eröffnen aber auch Chancen für positive Veränderungen. Nach Jahren, in denen der wirtschaftsliberale Egoismus im Vordergrund stand, sind die Werte der Solidarität wieder gefragt.



Bild: zvg

Die Botschaft der Pflegenden auch in der Ostschweiz ist unmissverständlich.

Es ist genug Geld da

Die Covid-19-Pandemie schüttelt uns durch und beutelt Wirtschaft und Gesellschaft. Umso mehr ist jetzt gesellschaftliche Solidarität gefragt.

Unser Gesundheitswesen ist momentan extrem gefordert. Sehr viele Corona-PatientInnen müssen in den Spitälern behandelt werden. In einer derartigen Krise kommt der Föderalismus an

seine Grenzen. Der Bund muss stärker eingreifen. Dass sich die St.Galler Regierung in dieser Situation noch erlaubte, sich gegen die vorgeschlagenen Massnahmen aus Bern zu wehren, als erste St.Galler Spitäler bereits an die Kapazitätsgrenze kamen, ist

indiskutabel. Der offene Brief der SP an den Kanton, sich jetzt zusammen zu rufen und gemeinsam zum Schutz der Gesundheit vorzugehen, war mehr als richtig. Denn nur wenn wir diese Gesundheitskrise gut bewältigen, wird auch unsere Wirtschaft die Krise meistern können.

Bedrohlicher Notstand

Bund und Kantone müssen darum genügend Instrumente bereit stellen. Der Schutz der Bevölkerung, namentlich der besonders verletzlichen Gruppen, ist zentral. Zudem muss es unser aller Interesse sein, dass das Gesundheitswesen nicht kollabiert. Man hat aus der ersten Welle Erfahrungen gesammelt und kann diese Erkenntnisse nun umsetzen. Es wurden bessere Behandlungsmethoden entwickelt, und jetzt sollte auch genü-

gend Schutzmaterial vorhanden sein. Doch der Personalnotstand ist bedenklich bis bedrohlich. Die besten Beatmungsgeräte nützen nichts, wenn ausgebildetes Fachpersonal fehlt, um diese zu bedienen. Skandalös ist es, wenn sogar Mitarbeitende aus der Quarantäne an den Arbeitsplatz geholt werden.

Die Protestwoche des Gesundheitspersonals Ende Oktober hat schweizweit Tausende auf die Strasse gebracht. Wir unterstützen ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, Einhaltung des Gesundheitsschutzes und einer Coronaprämie. Die SP hat national und kantonal Vorstösse für eine solche Prämie deponiert. Seit langem engagieren wir uns auch für die Pflegeinitiative und den indirekten Gegenvorschlag. Wir unterstützen zudem die Forderung, dass der Bund Personalaufstockungen in den Kantonen mitfinanziert.

Der Schutz der Arbeitnehmenden muss in allen Branchen gewährleistet sein. Aus gesundheitlichen Gründen ist es richtig, dass wir das soziale Leben vorübergehend auf ein Minimum herunterfahren. Die Betroffenen müssen aber wirtschaftlich abgesichert sein. Die Kulturbranche, der Tourismus und weitere tangierte Wirtschaftszweige benötigen in dieser schwierigen Zeit Unterstützung. Die Härtefallregelung muss rasch umgesetzt werden, der Erwerbsersatz ebenfalls. Wenn diese Gelder erst nächstes Jahr fliessen, ist es für viele bereits zu

spät. Wir sind derzeit mit Gesprächen und Vorstössen daran, den nötigen Druck aufzusetzen.

Unsäglich ist etwa die Verzögerung bei der Frage eines Teilerlasses der Geschäftsmieten. Immerhin ist der Nationalrat in der Sondersession Ende Oktober auf die Vorlage eingetreten. Die Kommission hatte ja nichts mehr davon wissen wollen. Nun wird das Gesetz in der Wintersession im Nationalrat und anschliessend im Ständerat behandelt. Bis dann aber die Betriebe profitieren, vergeht noch sehr viel Zeit. Wir kämpfen auch dafür, dass die Covid-Bürgschaften auch in der zweiten Welle beantragt werden können. Wo keine Härtefall-Entschädigungen fliessen können, muss es wenigstens Kredite geben. Dank dem Einsatz der SP werden diese bis 2028 zu einem Null-Zins vergeben.

Geld ist genug da

Finanzminister Ueli Maurer (SVP) jammert über die zusätzlichen Ausgaben und macht Fragezeichen, ob wir uns das leisten können. Ich würde sagen: Wir können es uns nicht leisten, die Wirtschaft an die Wand zu fahren. Der Bundeshaushalt ist stark genug, weitere Ausgaben zu verkraften. Auf dem Ausgleichskonto (für Ausgabenüberschüsse) lagern über 20 Milliarden Franken, und die Schweiz ist vergleichsweise gering verschuldet. Nutzen wir diese Kraft – nur gemeinsam können wir diese Pandemie meistern.



Von SP-Nationalrätin
Barbara Gysi, Wil

Wir fordern mehr Zeit!

Nach der Protestwoche des Gesundheitsbündnisses in der Ostschweiz gibt es nur eins: So darf es nicht mehr weitergehen.



Von Alexandra Akeret,
Regionalsekretärin
vpod Ostschweiz

Das neu gegründete Gesundheitsbündnis organisierte vom 26. bis 31. Oktober eine Protestwoche. Das Ziel war es, auf die teilweise prekären Arbeitsbedingungen in den Spitälern, Heimen und Kliniken aufmerksam zu machen.

12-Stunden-Schicht

Mehr Zeit für die Angehörigen, mehr Zeit am Krankenbett und weniger Zeit am Computer, mehr Zeit zur Erholung, mehr Zeit für die Sicherheit: Dies sind die Forderungen des Ostschweizer Bündnisses. Die Gewerkschaft vpod hatte im Frühling, während der ersten Covid-19-Welle, haufenweise Anfragen von Mitarbeitenden aus dem Gesundheitswesen erhalten. Denn der Bundesrat hatte ihre Arbeitsbestimmungen weitgehend ausser Kraft gesetzt, jedoch keine Schutzbestimmungen erlassen. Die Betroffenen sahen sich einer sehr ungewissen Situation ausgesetzt. Viele wurden ins Minus geplant oder in Zwangsferien geschickt, andere arbeiteten in 12-Stunden-Schichten. Es gab zu wenig oder ungenügendes Schutzmaterial, und man wusste nicht, wer als Risikopatient wie genau geschützt werden muss. Die Mitarbeitenden hatten

grosse Angst, engagierten sich aber trotzdem bis zum Umfallen.

Wir haben dann begonnen, uns mit anderen Gewerkschaften und Verbänden regelmässig zu treffen. Es kam zur Gründung eines neuen Gesundheitsbündnisses. Immer mehr Verbände und Gewerkschaften nahmen an unseren regelmässigen Treffen in der Hauptpost St.Gallen teil. Coronabedingt konzentrierten wir uns auf kleinere Aktionen in allen Kantonen. National wurde alles koordiniert und begleitet. Die Schlusskundgebung auf dem Bundeshausplatz in Bern fand am Samstag, 31. Oktober statt. Auch dies, coronabedingt, nicht mit Tausenden von Menschen, sondern sorgfältig geplant: Jede Gewerkschaft, jeder Verband erhielt ein Kontingent an Plätzen, aufgeteilt auf die verschiedenen Regionen.

Zwei Menschenketten

Wir vom vpod Ostschweiz hatten fünf Plätze auf dem Bundeshausplatz zur Verfügung. Regional organisierten wir eine Menschenkette in Frauenfeld und eine in St.Gallen. Das war nicht einfach, da der Bund ständig verschärfte Schutzbestimmungen erliess. So ergab sich eine rollende, auch spontane Planung. Oft wussten wir erst am Tag selbst, was nun wirklich erlaubt ist. Natürlich gab es im Vorfeld auch immer wieder kritische Stimmen:

Ausgerechnet jetzt eine Menschenkette organisieren, und dann noch mit Leuten aus dem Gesundheitsbereich? Unser Schutzkonzept war sehr ausgeklügelt und gerade deshalb eine Herausforderung. Aber uns war klar: Wann, wenn nicht jetzt?

Die Arbeitgeber und die Politik hätten nun ihre Lehren aus der ersten Pandemie-Welle ziehen müssen. Es durfte nicht wieder eine solche Situation mit Stress und Überforderung eintreten. Sie hätten lernen müssen, dass es in dieser Krise nur mit Kooperation und Koordination statt mit Konkurrenzdenken geht. Und, dass es einen vollen Schutz der Mitarbeitenden statt eine Aushebelung der Arbeitnehmerrechte braucht. Doch aktuell passiert in der zweiten Welle schon wieder das Gegenteil: Die Quarantäneregeln wurden aufgehoben, ja, es müssen sogar positiv getestete Mitarbeitende arbeiten gehen. Ein Skandal!

Akute Missstände

Die Missstände im Gesundheitsbereich sind nicht erst seit Corona akut. Der Fachkräftemangel in der Pflege, im Gesundheitswesen allgemein, ist riesig. Die Arbeitgeber rufen ihre Mitarbeitenden aus den Ferien zurück, suchen händeringend Fachpersonal in Inseraten und rufen BerufsausstiegerInnen dazu auf, wieder in den Beruf zurückzukehren.

Die Betroffenen in den Einrichtungen der Langzeitpflege, der Spitex, der Rehabilitation, der Psychiatrie und den Akutspitälern haben sich noch nicht von den Zumutungen der ersten Pandemie-Welle erholt. Viele berichten von Erschöpfung und Krankheit. Die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen ist somit aktueller denn je. Es braucht jetzt eine starke Vernetzung der Basis und der Verbände, Gewerkschaften und Parteien. Die Angestellten müssen sich organisieren, egal in welcher Gewerkschaft oder in welchem Verband sie Mitglied sind. Wichtig ist, dass sie es tun. Und es braucht die Unterstützung der Politik. Nur gemeinsam sind wir stark!

Protest mit Menschenkette in St.Gallen: Die Care-Berufe müssen dringend aufgewertet werden.



Bild:vg

«Unter aller Sau»

Corona macht Kulturschaffende arbeitslos. Wie sieht ihre Situation aus? links sprach mit Fabian Mösch und Johannes Rickli vom St.Galler Kulturzentrum Palace.

links: Das Palace hat im September unter einem rigiden Schutzkonzept die Saison eröffnet. Jetzt ist – zumindest für einen kurzen Moment – bereits wieder Schluss. Wie erlebt ihr diese Zeit?

Johannes Rickli: Die ständige rollende Planung ist ein enormer Stress. Die Umstände ändern sich wöchentlich. Gerade im Musikbereich hat in den letzten Jahren eine grosse Professionalisierung stattgefunden, es wird Monate im Voraus geplant. Einschneidende Entscheide wie das Tanzverbot, das Mitte Oktober an einem Freitag um 16 Uhr kommuniziert wurde und ab Mitternacht galt, verkennen diese Professionalität.

Fabian Mösch, du arbeitest nebenbei noch für eine kleine Booking-Agentur und spielst in der Band «Pamplona Grup». Wie bekommen die Kulturschaffenden die Krise zu spüren?

Mösch: Man muss es benennen, wie es ist: Vielen bricht gerade ihre Existenzgrundlage unter den Füßen weg. Es ist ein unglaublicher psychischer und emotionaler Stress. Für viele Menschen ist es ein Job, MusikerIn oder VeranstalterIn zu sein. Gerade wurden Zahlen veröffentlicht, gemäss denen die Wertschöpfungskette des Kulturbereichs in der Schweiz 15,2 Milliarden Franken beträgt. Trotzdem gibt es noch diese Vorstellung in den Köpfen vieler Leute, dass Kultur einfach ein Hobby sei.

Viele verdienen sich beispielsweise in der Gastronomie einen Zustupf. So arbeiten im Palace KünstlerInnen an der Bar oder bei der Eingangskontrolle. Auch diese Einkommensquellen fallen nun weg.

Mösch: Das stimmt. Was diese Brotjobs angeht, sind sie Fluch und Segen zugleich: Sie geben dir die nötige finanzielle Flexibilität, das zu tun, was du tun möchtest, hindern einen aber auch daran, die notwendige Professionalität zu leben. Jetzt in der Krise ist ein Anstellungsverhältnis besonders hilfreich. So bleibt immerhin die Chance auf Kurzarbeitsentschädigung. Viele KünstlerInnen sind



Corona macht vielen kleinkulturellen Anlässen den Garaus.

aber nirgends angestellt oder haben nur unregelmässige Einkommen.

Rickli: In der aktuellen Krise wurden die einzelnen Kulturschaffenden völlig vergessen. Für die Kulturinstitutionen wie das Palace gibt es mit den verlängerten Ausfallentschädigungen teilweise gute Lösungen, von denen vereinzelt auch die KünstlerInnen profitieren. Ohne anderweitige finanzielle Polster bleibt für viele Kulturschaffende im Wesentlichen nur die Sozialhilfe oder die Nothilfe von Suisseculture sociale. Im Frühjahr gab es noch die Ausfallentschädigung, die Kulturschaffenden 80% der Einnahmen vergütet hat. Wenn man aber ohnehin am Existenzminimum lebt, ist auch das zu wenig.

Dann gibt es ja nicht nur die KünstlerInnen....

Mösch: Genau. Gerade im Musikbereich ist vieles miteinander verknüpft. Heute nimmt man ein Album auf, um danach live zu spielen. Für Touren gibt es teilweise private und öffentliche Fördermittel. Fallen die Auftrittsmöglichkeiten weg, fällt das ganze Gerüst zusammen. Von den andern Mitbeteiligten wie den Ton- und LichttechnikerInnen, GrafikerInnen, Agenturen usw. haben wir jetzt noch gar nicht gesprochen.

Bitte.

Mösch: Bei einem Konzert mit fünf Leuten auf der Bühne gibt es gut und gerne 50 Menschen, die ebenfalls direkt daran verdienen. Das sind die Angestellten des Lokals, die Technik und die ganze Arbeit im Vorfeld: Albumproduktion, Promotion, Tourplanung. Für die Einzelnen bleibt da wenig. Auf den Stundenlohn gerechnet, ist das unter aller Sau. Viele Kulturschaffende, die ich kenne, haben ein Monatseinkommen von weit weniger als 2000 Franken.

Die soziale Absicherung von Kulturschaffenden – aber auch von anderen Selbständigerwerbenden – ist häufig minimal. Was müsste sich da ändern?

Rickli: Diese Probleme gibt es nicht erst seit Corona. Hier würde es sich lohnen, mal links und rechts zu schauen. In Frankreich zum Beispiel gibt es ein ausgefeiltes Sozialversicherungsnetz für KünstlerInnen. Das ist nicht perfekt, kann aber gewisse Lücken stopfen.

Mösch: Und tatsächlich gibt es ja ein Leben mit wenig Geld, das möglich ist. Aber es fehlt das Verständnis für das Prekariat. Spätestens im Alter machen sich unregelmässige Einkommen bemerkbar: eine minimale AHV-Rente, gar keine oder dann eine geringe Pensionskasse.

Was wäre konkret zu tun?

Rickli: Wichtig wäre als erster Schritt ein einfacher Zugang zu den bestehenden Sozialwerken. Es muss möglich sein, dass die soziale Absicherung verschiedene Lebensentwürfe abdeckt. Leider ist unser Sozialversicherungssystem noch stark auf traditionelle Nine-to-five-Jobs ausgerichtet.

Mösch: Am wichtigsten ist, dass es nun aufgrund von kurzfristigen Sparübungen nicht zum Kahlschlag in der Kultur kommt. Das wäre für die Gesellschaft ein grosser Schock und ein Rückschritt sowie für die Kunst- und Kulturschaffenden verheerend.

Interview: Marco Dal Molin

Das falsche System

Der Kantonsrat schwächt mit seinen jüngsten Beschlüssen die öffentlichen Spitäler zugunsten von privaten Gewinnen.

In der Septembersession hat der Kantonsrat in erster Lesung entschieden, dass die Spitäler Altstätten, Rorschach, Flawil und Wattwil geschlossen werden sollen. Mit diesem Entscheid wird die regionale und wohnortnahe Gesundheitsversorgung geschwächt. Der Ärztemangel wird sich in den kommenden Jahren in den Regionen zudem weiter akzentuieren.



Von Bettina Surber,
SP-Fraktionschefin,
St.Gallen

Weg frei für Private

Die Voten in den Olmahallen, in denen der Kantonsrat coronabedingt tagte, waren noch nicht richtig verhallt, da kündigte die private Berit-Klinik bereits an, dass sie in Goldach die Klinik St.Georg übernehmen und wiedereröffnen will. So fügt sich denn alles, ganz im Sinne der Ideologie «Privat vor Staat». Die öffentlichen Spitäler werden zum Rückzug gezwungen, damit die Privaten auf den Plan treten können.

Nach eigenen Angaben will die Berit-Klinik ein medizinisches Zentrum zur Erbringung von ambulanten und stationären Leistungen eröffnen. Sie nutzt damit die zwischen St.Gallen und Grabs entstandene Versorgungslücke und tritt in Konkurrenz zu den öffentlichen Spitälern St.Gallen und Grabs. Die SP hat in der Debatte rund um die Spitalschliessungen genau vor solchen Entwicklungen gewarnt.

Die Gesundheitspolitik der letzten Jahre hat darauf gesetzt, dass der Wettbewerb in der Gesundheitsversorgung die Kosten dämpfen wird. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Kosten steigen und steigen und mit ihnen auch die Krankenkassenprämien. Man könnte hier festhalten: Es hat das System des freien Markts versagt. Aber das ist es nicht. Das System des freien Markts hat aus sich selbst heraus betrachtet nicht versagt. Das System ist so angelegt. Letztlich geht es nur darum, dass der maximale Gewinn erwirtschaftet werden kann. Und da besteht



Das bürgerlich dominierte St.Galler Parlament ist in der Spitalpolitik mit der Devise «Staat raus, Private rein» auf dem Holzweg.

wenig Interesse daran, auch einmal auf einen operativen Eingriff zu verzichten, wenn dafür der Staat und die Krankenkassen bezahlen.

Es ist ein Geschäft mit der Gesundheit der Menschen. Bewusst in Kauf genommen von der aktuellen Politik. Vielleicht kommt irgendwann die Einsicht, dass dieses System des freien Markts schlicht falsch ist. Und dass es vielmehr darum gehen muss, die Gesundheitsversorgung als öffentliche Aufgabe zu begreifen, die auch in den Regionen und dort, wo es nicht rentiert, umfassend wahrgenommen wird. Bis dahin dürfte es ein langer Weg sein – und es werden politische Strategien gesucht, um das stetige Mengenwachstum in der Gesundheitsversorgung zu verhindern.

In der Botschaft zur Weiterentwicklung der Spitalstrategie hat die Regierung festgehalten, «dass im Februar 2020 die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden und St.Gallen eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit in der Pla-

nung der stationären Gesundheitsversorgung unterzeichnet haben. Ziel sind eine effektive und effiziente sowie eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung und die Vermeidung einer Mengenausweitung zur Dämpfung des Wachstums der Gesundheitskosten».

Eine öffentliche Aufgabe

Es wird sich weisen, inwieweit die Kantone künftig in der Lage sein werden, die Spitalversorgung wirklich gemeinsam und gleichzeitig unter Berücksichtigung der regionalen Bedürfnisse zu planen. Für die SP ist zentral: Die Gesundheitsversorgung ist eine öffentliche Aufgabe. Ein Grundbedürfnis aller BewohnerInnen des Kantons in allen Regionen. Die Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Toggenburg gibt es gleichermassen das Bedürfnis nach einer wohnortnahen Versorgung wie in der Stadt St.Gallen, in der Region Grabs oder in Wil. Die SP wird sich deshalb weiterhin für den Erhalt der Regionalspitäler Altstätten und Wattwil einsetzen.

Zweite Wahlgänge mit Chancen

Die St.Galler SP schnitt in den kommunalen Wahlen im September durchgezogen ab. Umso wichtiger ist die Unterstützung für die Kandidatinnen in den zweiten Wahlgängen.

Maria Pappa könnte am Wahlsonntag vom 29. November die erste Stadtpräsidentin St.Gallens werden. «Forza Maria» lautet der Slogan. Maria Pappa verkörpert für St.Gallen einen kraftvollen Aufbruch: Sie fordert mehr soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zwischen allen Menschen in der Galustadt und zwischen den Geschlechtern, mehr Nachhaltigkeit und mehr Mitsprache.

Dario Sulzer als Wiler Stadtpräsident

Im ersten Wahlgang für den Stadtrat in Wil hat Dario Sulzer das beste Ergebnis erreicht. Der Spitzenplatz ist eine tolle Bestätigung für seine politische Arbeit. Er ist motiviert für den nächsten Schritt: Er will Stadtpräsident von Wil werden! Seine Politik ist sozial, ökologisch, verantwortungsvoll, partizipativ und familienfreundlich. Er ist ein Stadtpräsident für alle.

Zweiter Wahlgang in Walenstadt

Esther Probst kandidiert bei den bevorstehenden Stadtner Kommunalwahlen als Gemeinderätin für die SP. Sie erzielte im ersten Wahlgang ein gutes Ergebnis und tritt im zweiten Wahlgang mit guten Erfolgsaussichten erneut an. Die ehemalige Kantonsrätin würde eine lange und eindrucksvolle SP-Biografie mit ins Gremium tragen. Sie ist Primarschullehrerin in Flums und unter anderem Präsidentin des Kulturkreises Walenstadt und des politischen Frauennetzwerks Sarganserland.

Hoffnung in Buchs

Pia Zurbrugg versucht in der Werdenberger Zentrumsgemeinde, den zweiten SP-Stadtratssitz zu verteidigen. Gegen star-



Einmalige Gelegenheit: Mit Maria Pappa (SP) würde St.Gallen erstmals eine Stadtpräsidentin erhalten – und womöglich auch noch eine Frauenmehrheit in der Stadtregierung.

ke Konkurrenz: Ein Parteiunabhängiger nahm der offiziellen linken Kandidatin im ersten Wahlgang entscheidende Stimmen ab. Bislang wurden erst der Stadtpräsident, Daniel Gut von der SP, und ein einziger Stadtratssitz besetzt. Das Ren-

nen um die verbleibenden vier Sitze ist noch völlig offen.

Es kommt überall, in Wil, St.Gallen, Buchs und Walenstadt auf jede Stimme an. Darum: Heraus an die Wahlurnen, GenossInnen! *Guido Berlinger-Bolt*



Bild: iStock.com

Mikrofon ohne Frau: In zehn St.Galler Kommunen hat es keine einzige Frau im Gemeinderat.

Frauen an die Macht!

Frauen sind in der Politik noch immer stark untervertreten. Dies trotz des grossen Engagements in den aktuellen Wahlen. Wie sieht nach den letzten zwei frauenbewegten Jahren die Ausgangslage für die kommenden Jahre aus?

Das Ungleichgewicht zwischen Mann und Frau in der Politik ist gross: 2843 Frauen stehen 6332 Männern gegenüber. In der Schweiz sind mit je 3.1 Millionen fast gleich viele Männer wie Frauen stimmberechtigt. Die Stimmbeteiligung ist ebenfalls ziemlich ausgewogen. Trotzdem haben wir in der Schweiz nur beim Bundesrat und beim Nationalrat ein annäherndes politisches Gleichgewicht. Bereits im Ständerat vertreten uns nur zwölf Frauen und mehr als doppelt so viele Männer. Auch in den Kantonen und Städten sieht man ein grosses Ungleichgewicht: Kantonal und kommunal sind mehr als doppelt so viele Männer (6178) wie Frauen (2744) in der Politik aktiv. Der Frauenanteil über alle politischen Ebenen gesehen beträgt damit 31%.

Frauenanteil stagniert seit 20 Jahren

Seit zwanzig Jahren stagniert der Anteil an Frauen in politischen Funktionen sowohl in Städten als auch in Kantonen. In der städtischen Legislative und Exekutive liegt er seit dem Jahr 2000 praktisch unverändert bei rund 29%. In den kantonalen Regierungen ist er in derselben Zeit von 20% auf 25% gestiegen. Eine äusserst geringe Veränderung!

Auf Bundesebene sieht es ähnlich aus: Im Bundesrat haben sich die Verhältnisse von 1999 mit zwei Frauen und fünf Männern minim zu den heutigen drei Frauen und vier Männern verschoben. Im Ständerat brachten die letzten zwanzig Jahre eine Veränderung von neun auf zwölf

Frauen bei total 46 Sitzen, also eine ebenso geringe Veränderung wie in den kantonalen Regierungen. Die grösste Veränderung konnten wir beim Nationalrat erkämpfen: Vor zwanzig Jahren stellten die Frauen einen Anteil von bloss 23%, heute machen sie 42% aus.

Wahlquote gibt Hoffnung

Das Bundesamt für Statistik berechnet für die Nationalratswahlen jeweils eine Wahlquote. Sie drückt das Verhältnis zwischen dem Anteil der Gewählten zum Anteil der Kandidierenden aus. Seit 1999 ist die Wahlquote der Frauen für den Nationalrat von 70% konstant gewachsen und beträgt heute 106%. Das heisst: Der Anteil der gewählten Frauen ist höher als der Anteil der kandidierenden Frauen. Während die Wahlquote eine relative Grösse ist und nichts über die absolute Zahl der Gewählten aussagt, zeigt sie doch an, dass die Stimmenden vermehrt Frauen wählen. Wenn Frauen kandidieren, haben sie durchaus gute Chancen.

Im Nationalrat haben wir bereits etwas bewegt: Es gab 2019 so viele Frauenkandidaturen wie noch nie und einen entsprechenden Ruck im Parlament. Jetzt ist es Zeit, dass sich nun auch in St. Gallen etwas verändert. Hier haben wir weiterhin nur zwei Regierungsrätinnen und mehr als doppelt so viele Regierungsräte, einen Frauenanteil von 26.7% im Kantonsrat (damit unter dem Schweizer Durchschnitt) und in den Gemeinderäten ein knappes Drittel an weiblichen Mit-

gliedern. In zehn St.Galler Gemeinden ist sogar keine einzige Frau im Gemeinderat vertreten.

Ein Lichtblick ergab sich bei den kommunalen Wahlen in diesem Herbst. So im Wahlkreis Wil, wo die SP das erste Mal eine volle Liste mit 21 Frauen und 19 Männern präsentierte – die Frauen erhielten 54% der Stimmen. So in St.Gallen mit der starken Kandidatur von Maria Pappa (SP). Sie könnte die erste St.Galler Stadtpräsidentin überhaupt werden. Ein weiteres Beispiel sind die vielen Gemeinderatskandidatinnen, die trotz schwieriger Ausgangslage in ihren Gemeinden kämpften und zeigten, wie engagierte Wahlkämpfe aussehen.

Kandidieren lohnt sich

Frauen profitieren in vielfacher Hinsicht von einer Kandidatur. Und zwar auf allen Ebenen: Erstens profitieren sie enorm von den Erfahrungen aus einem Wahlkampf, sie lernen tolle Menschen kennen und erleben ein unbeschreibliches Gemeinschaftsgefühl. Zweitens tragen sie mit ihrer Kandidatur dazu bei, dass mehr Frauen zur Auswahl stehen und dass gerade junge Frauen in ihnen eine Vertretung und ein Vorbild sehen. Jede Frauenkandidatur ist ein Puzzleteil, um den Frauenanteil zu erhöhen. Sowohl auf kommunaler als auch auf kantonaler Ebene herrscht noch ein grosses Ungleichgewicht von doppelt so vielen Männern wie Frauen. Wir haben also noch viel zu tun! Susanne Alfermann



Bild: links

In der Ruckhalde oberhalb des St.Galler Güterbahnhofs könnte eine wegweisende Genossenschaftssiedlung entstehen.

Mehr Wohnraum, weniger Profit

Endlich macht der St.Galler Stadtrat beim Wohnen vorwärts: Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau und mehr Liegenschaften in städtischem Besitz ist das Ziel.

Lange war der St.Galler Stadtrat in der Wohnbauförderung eher passiv. Nun zeigt sich, dass er auch in wohnpolitischen Fragen aktiv und damit linker wird. SP-Baudirektorin Maria Pappa konnte ihre KollegInnen in der Stadtregierung für eine neue Wohnraumstrategie überzeugen. Die Stadt wird in Zukunft den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Dazu wird sie eine aktivere Bodenpolitik betreiben, um mehr Liegen-



Von Daniel Kehl,
Fraktionspräsident
SP-Juso-PFG

schaften im Baurecht an Genossenschaften weiterzugeben. Die Strategie sieht weiter vor, dass der stadteigene Wohnungsbestand bis 2030 um zehn Prozent steigen soll.

Panik beim HEV

Diese Politik sorgt beim stockbürgerlichen Hauseigentümergeverband bereits für Panik. Das sei der «Auftakt zur Verstaatlichung des Wohnens» und führe zur «Verdrängung privater Anbieter vom Markt», jammert der HEV, als wäre er in der Zeit des Kalten Kriegs stehen geblieben. Stadträtin Maria Pappa wies diesen Vorwurf locker zurück: Die Stadt besitze

ja nur etwas über ein Prozent der Wohnliegenschaften. Da könne von Kollektivierung doch keine Rede sein. Der Stress beim HEV hat einen anderen Grund: Die bürgerlichen Strategen haben nach den Wahlen realisiert, dass ihr Einfluss in der Stadtpolitik immer kleiner wird. Plötzlich funktionieren die direkten Kanäle ins Amtshaus – auch dank der SP-Magistratin – nicht mehr so wie früher.

Neu sollen nicht mehr Gewinnmaximierung und persönliche Vorteile in der städtischen Liegenschaften- und Baupolitik im Vordergrund stehen. Sondern eine Stadt- und Wohnraumentwicklung, in der es Platz hat für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die bürgerlich orientierte Ortsbürgergemeinde diese Rezepte schon seit Jahrzehnten kennt. Sie vergibt eigenes Land nur im Baurecht. So konnte Anfang der 1960er-Jahre die Wohnbaugenossenschaft des Bundespersonals günstigen Wohnraum für Familien just auf dem Land der Ortsbürger bauen.

Pappa macht vorwärts

Baudirektorin Maria Pappa hat in ihrer ersten Legislatur neuen Wind und eine andere Mentalität in die Direktion Pla-

nung und Bau hineingebracht. Beispielfähig dafür steht das früher nicht zugängliche Burgweiher-Areal, das dank Pappas Verhandlungsgeschick aus dem Privatbesitz an die Stadt überging. Nun treffen sich dort Menschen verschiedener Herkunft und aus allen sozialen Schichten und geniessen diesen neu gewonnenen Erholungsraum mitten im dicht besiedelten Quartier Lachen-Vonwil.

Durchgegriffen hat Maria Pappa auf der Liegenschaftenverwaltung der Stadt. Sie installierte dort eine neue Leiterin, die zusammen mit ihrem Team und mit Hochdruck alte Pendenzen aufarbeitete. Auch hier zielt deshalb der perfide Vorwurf des HEV ins Leere, die Stadt vernachlässige ihr Liegenschaftsportfolio. Im Amtshaus bildet eine zeitgemässe Liegenschaftenverwaltung die Basis für eine Wohnstrategie, mit der die Stadt gezielt auf die Bedürfnisse der BewohnerInnen reagieren kann. «St.Gallen gemeinsam mit den Menschen entwickeln», ist für Maria Pappa ein wichtiger Grundsatz. Bei der Neugestaltung des Marktplatzes konnte sie dank eines partizipativen Verfahrens mit allen Anspruchsgruppen eine Mehrheit der Bevölkerung vom Projekt überzeugen. Dafür gab es an der Urne 65 % JA.

Die unerschrockenen Frauen von Minsk

Es ist beeindruckend, mit welcher Hartnäckigkeit die Demonstrierenden im weissrussischen Minsk ihre Proteste durchhalten. Darunter auch eine St.Gallerin.

Seit 1994 ist Alexander Lukaschenko in Belarus an der Macht. Er baute seine Macht stetig aus, entmachtete das Parlament und führte undemokratische Volksabstimmungen durch. Nicht von ungefähr wird er als «letzter Diktator Europas» bezeichnet. Mittlerweile hat er die Unterstützung in der Bevölkerung jedoch völlig verloren.

Vor den Wahlen 2020 liess er kurzerhand die oppositionellen Kandidaten wegsperren. Womit er aber nicht gerechnet hatte, war die starke Frauenbewegung. Die Frauen übernahmen das Zepter und stiegen in die Wahlen ein. Gemäss den Prognosen spricht alles dafür, dass die Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja die Wahlsiegerin ist. Doch Lukaschenko erklärte sich kurz nach Urnenschliessung mit über 80% zum Sieger. Die Wahlbeobachtungsbe-

hörde der OSZE konnte nichts über die Wahlen sagen, sie war von Lukaschenko nicht zugelassen. Verschiedene westliche Länder haben Lukaschenko als Präsidenten nicht anerkannt. Einzig Russland unterstützt ihn noch. Die Schweiz hat sich um eine Stellungnahme gedrückt: Wir anerkennen nur Staaten, keine Regierungen.

Staatsgewalt gegen Demonstrierende
Oppositionelle und Demonstrierende wurden verhaftet. Amnesty international wies auf den gezielten Gebrauch von Folter und Misshandlung hin. Die Menschenrechtsorganisation Libereco in Zürich organisierte für die Inhaftierten Patenschaften. Auch ich bin Gotte eines politischen Gefangenen – seit August gibt es keine Informationen mehr von ihm. Anfangs noch relativ unbehelligt, geht

Lukaschenko mittlerweile auch mit Gewalt gegen demonstrierende Frauen vor. Doch unerschrocken machen sie weiter. Es ist spürbar, dass hier eine Bevölkerung einen Wechsel in der politischen Macht und eine Veränderung der Gesellschaft will. Die Macht des Feminismus weicht die autokratische Macht Lukaschenkos auf.

Am 22. Oktober hat die weissrussische Opposition den Sacharow-Menschenrechtspreis der EU erhalten. Denn trotz Gewalt und Verhaftungen seitens der Regierung blieben die Proteste immer friedlich. Im August konnte die SP in der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats eine öffentliche Erklärung durchsetzen. Darin wird die Repression des Regimes scharf verurteilt. Der Bundesrat soll das Regime auffordern, die Menschenrechte zu respektieren, sich für einen Dialog einzusetzen und dadurch faire und freie Wahlen zu ermöglichen sowie die OSZE bei der Einberufung einer Fact Finding Mission zu unterstützen, damit Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden können. Auch die Umgehung von allfälligen EU-Sanktionen über Schweizer Boden soll verhindert werden.

St.Galler Doppelbürgerin inhaftiert

Im September wurde an einer friedlichen Frauen-Kundgebung in Minsk die schweizerisch-belarussische Doppelbürgerin Natalia Hersche aus St.Gallen verhaftet. Ihr drohen bis zu fünf Jahre Haft. Für sie läuft eine Unterstützungskampagne, die Barbara Gysi als Patin begleitet. Der Vertreter der Schweizer Botschaft konnte sie besuchen, alles Weitere ist noch offen. Für die Behörden vor Ort zählt nur ihre belarussische Staatsbürgerschaft. Es ist wichtig, dass sich die Schweiz als Sitzstaat des UNO-Menschenrechtsrats für die Menschenrechte und die Demokratie einsetzt. Wir müssen unsere Solidarität mit den friedlich Demonstrierenden zeigen, bis Lukaschenko seine Macht abgibt.

Claudia Friedl, SP-Nationalrätin



Claudia Friedl macht es vor: Die Demonstrierenden in Weissrussland brauchen unsere Solidarität.

Völlig illusorisch

Das neue Energiekonzept 2021-2030 des Kantons genügt nicht. So können die gesetzten Reduktionsziele nie erreicht werden.



Von SP-Kantonsrat
Ruedi Blumer, Gossau

Vor anderthalb Jahren hat der Kantonsrat die Ziele des Pariser Klimaabkommens für verbindlich erklärt. Die CO₂-Emissionen sollen danach bis 2030 halbiert und bis 2050 auf netto Null reduziert werden. Doch dies zu erreichen ist mit dem neuen Energiekonzept des Kantons illusorisch. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind zu schwach und völlig ungenügend.

Ölheizungen verbieten

Beispiel Heizungen: Der 10 Mio.-Förderkredit zum beschleunigten Ersatz von fossilen Heizungen wird bei weiterhin steigender Nachfrage vor Ende 2023 erschöpft sein. Bei einem Förderbeitrag von durchschnittlich 5000 Franken pro Wärmepumpe reicht dies auch mit zusätzlichen 20 Mio. vom Bund nur für 6000 Heizungen. Jedes Jahr werden im Kanton zwischen 4000 und 4500 fossile Heizungen ersetzt. Der Wohngebäudebestand liegt bei über 113'000 Objekten und wächst jährlich um etwa 400. Um das CO₂-Ziel zu erreichen, müsste bis in zehn Jahren die Hälfte, also fast 60'000 Wohngebäude fossilfrei beheizt werden. Dafür braucht es entweder viel mehr Fördergelder oder dann ein Verbot von fossilen Heizsystemen bei Neubau und Ersatz.

Beispiel Verkehr: Der Strassenverkehr verursacht ein Drittel der CO₂-Belastung. Obwohl dieser immer noch steigt und der Bericht beim Verkehr zu Recht ein grosses Potenzial ortet, wird das Thema stiefmütterlich bearbeitet. Nur 4 von 16 Massnahmen thematisieren den Verkehr. Empfohlen wird ein Mobilitätsmanagement für Unternehmen und öffentliche Hand. Als Ziel wird nur eine bescheidene Reduktion des Individualverkehrs genannt. Ohne verbindliche und strenge Vorgaben bleibt eine echte Reduktion Wunschdenken. Für den Fuss- und Veloverkehr sind weder finanzielle noch personelle Ressourcen vorgesehen. Es wird auf die Agglo-Programme ver-



St.Galler Staatsversagen: Mit halbherzigen Konzepten lassen sich die verbindlichen Klimaziele nicht erreichen.

wiesen. Und da besteht bei den Fuss- und Veloprojekten bekanntlich Vollzugsnotstand.

Guter Wille reicht nicht

Der Bericht hält fest, dass die nächsten zehn Jahre entscheidend seien, ein umfassender Umbau der Wärmeversorgung unerlässlich sei sowie ein Mobilitätsmanagement zu etablieren und die Verbreitung der Elektromobilität zu entwickeln sei. Unter dem Titel «Ziele» lesen wir, dass die Massnahmen im Energiekonzept dazu beitragen, die CO₂-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 zu halbieren. Das ist viel zu unverbindlich. Die Ziele müssen auf jeden Fall erreicht werden. So aber werden sie weit verfehlt. Bis 2020 werden nur 7,6% statt der beabsichtigten 20% weniger CO₂-Ausstoss erreicht. Auch werden die vorgeschlagenen Kredite niemals genügen, um die Reduktionsziele zu erreichen.

Die Massnahmen in den Schwerpunkten Gemeinden/Energieversorger, Quartier & Areale, Im und ums Haus, Unter-

wegs sein sowie Arbeiten weisen zwar in die richtige Richtung. Aber mit Freiwilligkeit und Eigenverantwortung allein geht es nicht. Lenkungswirksame Förderbeiträge sind unerlässlich! Dies hält sogar der Bericht selber fest: «Zeigt sich im Verlauf der Umsetzung, dass die Wirkung der Massnahmen auch nach Anpassungen zu gering ist, ist es angemessen, ergänzend auf Gebote und Verbote zurückzugreifen.»

Entscheidend ist darum eine enge Begleitung der komplexen Umsetzung des Konzepts. Es wird sich schnell zeigen, dass die CO₂-Reduktion zu gering ausfällt. Konsequenz und sofort müssen dann strengere Massnahmen, Nachtragskredite und Stellenbegehren zum Thema werden. Stand heute ist ein Scheitern vorprogrammiert. Fürs Nichterreichen der Klimaziele wird kein Politiker und keine Politikerin bestraft. Ausbaden muss dieses Versagen die nächste Generation. Daher gibt die SP Gegensteuer, und zwar mit ihrer Volksinitiative für einen Klimafonds mit 100 Mio. Franken.

Eine bedeutende Schweizerin

Nächstes Jahr erscheint erstmals eine Biografie von Susanne Steiner-Rost (1908-1991). Sie war eine religiös-soziale Anwältin und auch ein prominentes Mitglied der St.Galler SP.

Geboren in Höngg bei Zürich, studierte Susanne Steiner-Rost in Zürich, Rom und Paris Rechtswissenschaften. In dieser Zeit schloss sie sich dem religiös-sozialen Ehepaar Leonhard und Clara Ragaz an, die für Gerechtigkeit und Frieden auf dieser Welt kämpften. Susanne wurde von ihrem Gedankengut bleibend geprägt. Nach vorübergehendem Wirken als freischaffende Anwältin in den wirtschaftlich schwierigen dreissiger Jahren wurde sie 1939 zur Oberin der Schweizerischen Pflegerinnenschule in Zürich berufen. Es war eine anspruchsvolle Managementtätigkeit, und dies umso mehr, als die Pflegerinnenschule in den Kriegsjahren zahlreiche Krankenschwestern an das Militär abzutreten hatte. Susanne Rost meisterte diese Aufgabe glanzvoll.

Frauenförderin der ersten Stunde

Nach Kriegsende verheiratete sie sich mit einem ehemaligen Studienkollegen, dem St.Galler Rechtsanwalt Paul Steiner. Er galt als «Anwalt der Armen» und politisierte bei den Sozialdemokraten sowie in der Gewerkschaftsbewegung. Nebenamtlich war er auch Dozent an der Handelshochschule St.Gallen. Susanne Steiner-Rost widmete sich vorerst vor allem ihren beiden Söhnen, die kurz hintereinander geboren wurden. Doch sofort wurde sie von verschiedenster Seite um Vorträge über Themen wie Frausein, Ehe, Kinder, Bildung und Gesundheit gebeten. Und: Sie trat in die SP ein und setzte sich in diesem Rahmen vor allem für die Förderung der weiblichen Parteimitglieder ein, unter ihnen Margrith Bigler-Eggenberger und Alexa Lindner Margadant. Auch wurde sie Vorstandsmitglied der SP Schweiz.

Dass sie in den Vorstand der Frauenzentrale St.Gallen gewählt wurde, drängte sich geradezu auf, setzte sie sich doch schon seit Jahren für die politische und soziale Gleichberechtigung der Frau ein. Bald wurde sie in verschiedene städtische, kantonale und eidgenössische Kommissionen berufen, dies meistens als erste und über Jahre hinweg einzige Frau.

Beispiele sind die Sozialen Kommissionen sowohl der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallen als auch des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds, die Kulturkommission der Stadt St.Gallen, die Aufsichtskommission der Kantonsschule St.Gallen, der Stiftungsrat des Kinderspitals St.Gallen und auf eidgenössischer Ebene Pro Juventute sowie die Invaliden- und die Unfallversicherungskommission. Alle diese Engagements füllten ihre Tage bald vollzeitlich aus. In vorgerücktem Alter trat sie wieder in das Erwerbsleben ein und wurde Mitglied des Versicherungsgerichts des Kan-

tons St.Gallen. Susanne Steiner-Rost war eine der bedeutendsten Schweizerinnen ihrer Zeit. Ihr Wirken macht deutlich, wie unentbehrlich es für unsere Gesellschaft ist, dass eigenständige und mutige Frauen nicht nur für die Frauenrechte kämpfen, sondern allgemein für soziale Gerechtigkeit und für eine zeitgerechte Bildung und Erziehung, insbesondere auch für Mädchen.

Marianne Jehle-Wildberger
Die Biografie von Susanne Steiner-Rost, verfasst von Marianne Jehle-Wildberger, erscheint 2021 unter dem Titel «Du bist wirklich souverän» im Verlag TVZ und VGS.

Susanne Steiner-Rost war eine mutige und initiative Frau der ersten Stunde (Ausriss aus einer Broschüre).



Bild:zvg

Merci, Heidi!

Heidi Hanselmann ist zurückgetreten, sie bleibt aber nicht untätig. Ihr Wirken als Gesundheitschefin stand im Mittelpunkt eines Dankesanstosses der SP.

Die SP hatte anfänglich einen grossen Dankesanstoss geplant. Dieser fand dann coronabedingt im September in einem kleineren, aber nicht weniger würdigen Rahmen im Rest. Militärkantine in St.Gallen statt. Eine breit zusammengesetzte Gruppe von SP-Mitgliedern sagte Heidi Hanselmann Danke. Viele, die auf eine persönliche Anwesenheit aufgrund wegen der Pandemie verzichten mussten, schrieben ihr Mails und Briefe.

Am Anlass vom 27. September sprachen Regierungsratskollege Fredy Fässler, die aktuelle Fraktionspräsidentin Bettina Surber sowie Bernie Aggeler, ihr alter Weggefährte aus dem Sarganserland. Und natürlich auch Parteipräsident Max Lemmenmeier. Im Folgenden Auszüge aus den beiden Reden von Bernie Aggeler und Max Lemmenmeier.

Eine Senkrechtstarterin

Bernie Aggeler: «Heidi, Du kamst als Quereinsteigerin in die Politik und wurdest eine unvergleichliche Senkrecht-



Heidi Hanselmann nahm den Dank der SP für ihre grossen politischen Leistungen entgegen.

und hast in Sargans einen Logopädie-Vortrag gehalten. Ich war auf der Suche nach einer Kandidatin für die Nationalratswahlen. Ich habe dich nicht gekannt, war mir aber absolut sicher, dass du mit einem solch überzeugenden Auftreten eine geniale Persönlichkeit auf unserer Nationalratsliste wärst. Der anschliessende Kantonsratswahlkampf im Februar 1996 endete mit einer Sensation: Drei SP-Sitze im schwarzen Sarganserland!

Heidi, du hast dich als grosses politisches Talent entpuppt. Sehr schnell hast du dir einen Namen im Kantonsrat gemacht und auch fraktionsintern wurdest du in Kürze eine sehr wichtige Stimme. Mit deiner unglaublichen Schaffenskraft, deiner Kantigkeit, deiner Überzeugungskraft und deinem zähen Festhalten an deinen Zielen hast du nicht nur die höchsten Berge der Welt bezwungen, sondern du bist auch als erste Frau aus dem Sarganserland 2004 in die Regierung gewählt worden.»

starterin. Deine politische Karriere begann sehr unüblich. Ich lernte dich im Frühjahr 1995 kennen. Du warst damals politisch noch ein unbeschriebenes Blatt



Souverän, beharrlich: Von 2004 bis 2020 führte Heidi Hanselmann das St.Galler Gesundheitswesen durch alle Stürme.

Eine Gipfelstürmerin

Max Lemmenmeier: «Heidi stürmte nach acht Jahren im Kantonsrat bravourös in den Regierungsrat und wurde dann drei Mal mit sehr guten Resultaten wiedergewählt. Das war nur möglich, weil Heidi über eine grosse Schaffenskraft, über einen starken Willen verfügt. Dieses Pflichtgefühl, aber auch diesen grossen Einsatz habe ich über all die Jahre ausserordentlich bewundert.

Für mich die absolut grösste Leistung hat Heidi mit der Spitalvorlage von 2014 erbracht, die von rund vier Fünfteln der Abstimmenden angenommen wurde. Mit dieser Vorlage wurde das jahrelange Baumatorium durchbrochen, und es wurde endlich möglich, das öffentliche Spitalwesen zu modernisieren. Bei all den Diskussionen um die Schliessung von Landspitalern geht vergessen, dass es dank dieser Vorlage möglich wird, das Kantonsspital mit 400 Mio. Franken zu erweitern und für eine qualitativ hochstehende Medizin fit zu machen.

Heidi hat an der Seite von SP-Bundesrat Alain Berset als Präsidentin der Gesundheitsdirektorenkonferenz den bisher erfolgreichen Weg der Schweiz durch die Krise entscheidend mitbestimmt. Heidi hat als achte Bundesrätin geamtet und



Bild: links

Auch als Regierungsrätin scheute sich Heidi Hanselmann nie, Position zu beziehen (hier am Frauenstreik 2019, 2. von rechts).

hat nochmals ihre Fähigkeiten und ihren Einsatz für das Wohl der Menschen unter Beweis gestellt.»

Neue Ämter

Der Bundesrat hat Heidi Hanselmann als

neue Präsidentin der Eidgenössischen Nationalpark-Kommission gewählt. Sie trat das Amt bereits im Sommer an. Auch ist Heidi Hanselmann seit Anfang Juni Präsidentin der Schweizer Paraplegiker-Stiftung. (red.)

Anzeigen



**COMEDIA
BUCHHANDLUNG**

Die Genossenschafts-Buchhandlung!
Feine Auswahl · Guter Service · Faire Preise
Katharinengasse 20 · 9004 St.Gallen
Tel./Fax 071 245 80 08 · medien@comedia-sg.ch
www.comedia-sg.ch · mit E-Shop

**Für mehr Fairness
und Unterstützung am
Arbeitsplatz.**

**Für eine starke Gewerk-
schaft Unia braucht es
dich!**

Beitrittsunterlagen unter
0848 750 751
oder ostschweiz@unia.ch
bestellen.



Die Gewerkschaft.

Mach mit in der AG Migration!

Mein Name ist Tamara Cucuz, ich bin 24 Jahre alt und wohnhaft in Buchs. Ich habe mich engagiert, um die Arbeitsgruppe der SP-MigrantInnen des Kantons



Tamara Cucuz

St.Gallen wieder aufleben lassen, damit diese wieder zu einer starken Stimme werden. Unterstützt werde ich hierbei von Arber Bullakaj, der vor Jahren die SP-MigrantInnen des Kantons ins Leben gerufen hat. In meinen Augen ist es wichtig, dass sich MigrantInnen oder SchweizerInnen mit Migrationshintergrund aktiv in der Politik einsetzen und ihre Meinung vertreten. Des Weiteren möchte ich die Vernetzung innerhalb der MigrantInnen verstärken.

Über mich: Ich wurde in Grabs geboren und habe kroatische Wurzeln. Zurzeit bin ich im dritten Semester meines Bachelorstudiums mit Ausrichtung Wirtschaftsrecht. Ich fand Politik seit der Oberstufe schon spannend. Deshalb war es klar, dass ich den Schülerrat als Co-Präsidentin übernehmen wollte. Im Ja-

nuar 2013 wurde der Verein «You speak – Jugendrat Buchs» gegründet, bei dem ich Gründungsmitglied und jahrelanges Vorstandsmitglied war. Der Verein setzt sich für Themen der Jugendlichen bei uns in der Stadt ein. Nachdem der Jugendpark in Buchs im September 2018 eröffnete, gab ich die Projektleitung ab und trat aus

dem Vorstand aus. Danach trat ich der SP bei und bin nun ein Vorstandsmitglied der Partei in Buchs.

Habe ich dein Interesse durch diesen kurzen Beitrag geweckt und möchtest du Mitglied werden? Dann registriere dich kurz über die offizielle Webseite der SP für die SP-MigrantInnen.

Unterstützen Sie links!

Dieser links-Ausgabe liegt wiederum ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten um einen freiwilligen Beitrag. Dieser ermöglicht es uns, weiterhin ein ansprechendes, regelmässig erscheinendes Politmagazin zu produzieren. links wird weitgehend ehrenamtlich und nach professionellen Grundsätzen hergestellt. Das kostet. Als politisches Magazin nimmt links eine wichtige Aufgabe wahr. Wir beleuchten die St.Galler Politik aus kritischer Warte und bieten damit eine Alternative zu den bürgerlichen Medien, die immer mehr von Medienkonzernen bestimmt sind, die nicht in der Ostschweiz verwurzelt sind. Solange keine wirksame Medienförderung die Vielfalt der Meinungsbildung garantiert, sind wir auf das zivilgesellschaftliche Engagement angewiesen. Und damit auf Sie als treue Leserin und treuer Leser. Wir danken für Ihren freiwilligen Obolus! (red.)

Das Sternli kommt!

In der Sprache sollen beide Geschlechter abgebildet sein, nicht nur das männliche. Dieser Forderung entspricht das Gross-I, das wir bisher auch im links verwendet haben. Also zum Beispiel GenossInnen statt Genossinnen und Genossen. Von einem mechanischen Gebrauch des Gross-I haben wir jedoch abgesehen. Denn Sprache ist etwas Lebendiges, sie lebt von der Variation. In den letzten Jahren hat sich in kritisch-fortschrittlichen Publikationen anstelle des Gross-I das so genannte Gender-Sternchen etabliert. Also etwa Genoss*innen. Das Sternchen zeigt an, dass es nicht nur zwei Geschlechtsidentitäten gibt, sondern eben mehrere. Wir wollen dies auch im links berücksichtigen. Deshalb stellen wir ab nächstes Jahr um und werden ebenfalls das Gender-Sternchen in unseren Texten verwenden. Was anfangs noch ungewohnt erscheinen mag, wird sicher bald ganz normal sein! (red.)

Service

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist es schwer, Veranstaltungen und Anlässe zu planen. Deshalb werden wir euch weiterhin mittels Newsletter und Internet über künftige Anlässe und Veranstaltungen informieren.

Vorstösse von SP-PolitikerInnen (6. Mai – 28. August)

Die SP-Fraktion wird während der Novembersession weitere Vorstösse zum Thema Corona-Krisenbewältigung einreichen. Dabei verfolgt die SP zwei Stossrichtungen:

1. Den Schutz und die Unterstützung der Pflegenden in Heimen und Spitälern und die Anerkennung ihrer grossen Arbeit;
2. Die Unterstützung von Härtefällen unter den Kulturschaffenden, in Gastronomie und Tourismus, sowie unter den Selbständigerwerbenden.

Einfache Anfrage

SP-Fraktion: Reduktion des Zementverbrauchs zur Erreichung der Pariser Klimaziele
SP-Fraktion: Projekte für den Fuss- und Veloverkehr vorantreiben
SP-Fraktion: Ganze Dachflächen für Photovoltaikanlagen
SP-Fraktion: Brand im Flüchtlingslager Moria: Ist die Regierung bereit zu handeln?
SP-Fraktion: Konzept für Bauten ausserhalb der Bauzone
SP-Fraktion: Planungs- und Baugesetz: Standortbestimmung für den Denkmalschutz
Monika Simmler: Frauenförderung und Gleichstellung bei der Kantonspolizei St.Gallen
SP-Fraktion: Ungereimtheiten um das Contact Tracing im Kanton St.Gallen

Motion:

Dario Sulzer et al.: Für eine verwaltungsökonomische und

sozialverträgliche Feuerwehersatzabgabe: Änderung des Feuerschutzgesetzes
Dario Sulzer et al.: «Schwarze Liste» abschaffen
Martin Sailer et al.: St.Gallen braucht eine Mountainbike-Strategie
Susanne Schmid et al.: Jugendschutz auch bei nikotinhaltigen E-Zigaretten

Interpellation:

SP-Fraktion: Vom Volkswirtschaftsdepartement zum Gesundheitsdepartement – Rochaden in Kaderpositionen werfen Fragen auf
SP-Fraktion: Definitives Aus für Drittverkaufsstellen der SBB?
Bettina Surber: Pseudo-Praktika in Kindertagesstätten: Wie präsentiert sich die Situation im Kanton?
SP-Fraktion: Die Lage ist ernst: St.Galler Gewässer in schlechtem Zustand

Guido Etterlin: Lärmblitzer jetzt anschaffen!

Katrin Schulthess: Mobilfunk 5G – Auswirkungen des Berichts «Mobilfunk und Strahlung»
Josef Gähwiler: Schweizer Kolonial- und Sklavereigeschichte an St.Galler Schulen

Impressum

Klartext zur Politik im Kanton St.Gallen.
Erscheint mindestens 4x jährlich.
Mitglieder-Magazin der SP des Kantons St.Gallen, Postfach, 9001 St.Gallen, Telefon 071 222 45 85, info@sp-sg.ch

Redaktion:
Hansueli Baumgartner, Guido Berliner-Bolt, Ralph Hug u.a.
Layout: Hannah Traber
Druck: Niedermann Druck AG, St.Gallen

Swiss Climate
Klimaneutral
gedruckt